

Die Wehrpflicht aus liberaler Perspektive - Verteidigung der Freiheit oder Knechtschaft am Kollektiv?

Ohne Zweifel ist die Freiheit, welche Jahrhunderte lang erkämpft wurde, permanent in Gefahr durch politischen Einfluss untergraben zu werden. Diese Bedrohung, so zeigt es uns das geopolitische Geschehen der letzten Jahre, besteht nicht zuletzt durch politische Strömungen von innen, sondern auch durch Einfluss von außen. Die Freiheit muss nicht nur konstant erkämpft, sondern auch verteidigt und erhalten werden.

Wer glaubt, mit Pazifismus die liberalen Werte und den Gesellschaftsvertrag aufrechterhalten zu können, der wird, so haben es uns die Entwicklungen in Asien und Europa gezeigt, schnell mit der Realität konfrontiert werden, wenn es längst zu spät ist.

Mit dieser Realität sieht sich auch die europäische und insbesondere die deutsche Außenpolitik konfrontiert. Durch jahrzehntelange Versäumnisse und zögerliche Politik stehen wir zunehmend mit dem Rücken zur Wand. Daher kommt die Forderung vieler nach einer Wiedereinsetzung der Wehrpflicht, um das Personalniveau der Bundeswehr schnell zu erhöhen, nicht gerade unerwartet. Doch wir können den zwanghaften Dienst im Interesse des Staates als Liberale nicht erlauben und sollten ihn entschieden ablehnen. Bei der Dienst- oder Wehrpflicht handelt es sich um, genau den Schritt in Richtung Knechtschaft den es zu verhindern gilt. Stattdessen plädiere ich für zielgerichtete, freiwillige Reservisten- und Anreizmodelle, die Verteidigungsfähigkeit und Freiheitsrechte zugleich wahren. In diesem Essay werde ich zeigen, dass die Überlegungen von denen Konzepte der Wehr- und Dienstpflicht ausgeht, Planwirtschaft und willkürlicher Tyrannei im Interesse des Staates ähneln und das ein alternatives Modell nicht unmöglich ist.

Inhalt:

1. Warum eine Wehrpflicht? – Die Idee der wehrhaften Demokratie
2. Planwirtschaft im Deckmantel- Auswirkungen auf den Markt
3. Freiheit bewahren – Auch ohne Pflichtdienste verteidigungsfähig bleiben
4. Der zweifelhafte Dienst an der Gemeinschaft – Was steckt wirklich hinter der Dienstpflicht

Warum eine Wehrpflicht? - Die Idee der wehrhaften Demokratie

Die Freiheit muss also verteidigt werden. Der liberale Staat bietet seinen Bürgern ein Niveau an Freiheit in ihrer Lebensrealität, welches den vorherigen Gesellschaften fremd war und erwartet im Gegenzug die Verteidigung seiner Existenz um weiter die Freiheit gewährleisten zu können. Bei diversen liberalen Vordenkern wie unter anderem John Locke findet sich diese Denkweise bereits wieder.

„Da die Menschen die Gesellschaft nur zum Schutz ihres Eigentums gegründet haben, ist es notwendig, dass sie sich selbst zu dessen Erhaltung bereit erklären.“

Quelle: *Two Treatises of Government*, Zweite Abhandlung, Kapitel IX, §123

Jahr: 1689

Da es uns an Bedrohungen für die Freiheit nicht mangelt, ist aus diesem Zitat mit der richtigen Argumentation schnell die Rechtfertigung für eine Wehrpflicht ablesbar und es scheint, als bewahrheitete sich dieser Ansatz, wenn man nach Südkorea blickt. Das Land Südkorea ist ein Beispiel dafür, dass eine wehrhafte Bevölkerung in der Lage ist ihre Freiheit zu schützen. Die freiheitliche Verfassung wurde in Südkorea bereits 1948 eingeführt, sie sollte allerdings in den Folgejahren ab 1960 von Zeiten politischer Instabilität und mehreren geputschten Militärregierungen unterbrochen werden. Die Bevölkerung Südkoreas war allerdings durch Massenproteste in der Lage die Periode der Knechtschaft im Jahr 1987 zu beenden und die Entstehung einer freien Südkoreanischen Republik einzuleiten. Die Südkoreaner sind also nicht nur durch die konstante Bedrohung im Norden an die Verteidigung ihrer Freiheit gewöhnt, sie haben sich in ihrer Geschichte bereits mehrmals gegen die Unterwanderung der liberalen Demokratie im eigenen Land gewandt. Wenig verwunderlich war es daher, als der ehemalige Präsident des Landes Yoon Suk Yeol, als Reaktion auf den Verlust der Mehrheit im Parlament, das Kriegsrecht ausruft und das Militär Südkoreas auf die Straßen schickt um die Bevölkerung ihres Rechts zu demonstrieren, welches sie sich jahrzehntelang erkämpft haben zu berauben, mit derartigem Widerstand auf den Straßen Südkoreas begrüßt wurde, dass das Kriegsrecht bereits nach wenigen Stunden zurückgenommen wurde.

Das Land Südkorea hat eine der wahrscheinlich härtesten Dienstpflichten der Welt, junge Männer müssen hier seit Jahrzehnten bis zu 21 Monate dem Staat dienen. Die Argumentation könnte hier also wie folgt lauten: „Durch eine allgemeine Wehrpflicht wird den Südkoreanern ein Bewusstsein für die Verteidigung ihrer Freiheit antrainiert.“

Nicht nur hätte Südkorea es rein geopolitisch, aufgrund der Bedrohung durch Nordkorea, sehr schwer in seiner Form zu bestehen, die Südkoreaner werden daran erinnert dass ihre Lebensrealität Bedrohungen ausgesetzt ist gegen welche sich die Gesellschaft wehren muss.“

Diese Denkweise über eine allgemeine Dienstpflicht zum Schutz der Freiheit wird oft mit der Idee der „Wehrhaften Demokratie“ in Verbindung gebracht. Im Kontext der Wehrpflichtdebatte spricht man von einer militärischen Erziehung der Bevölkerung, um die Freiheit zu verteidigen, diese soll vom Staat (in der Regel gezwungen) ausgeführt werden. Solche und ähnliche Konzepte haben es bis in liberale Kreise geschafft. Das ist allerdings kaum verwunderlich, bedenkt man, dass „Demokratieförderung“ und ein Festhalten am durch Zwangsgebühren finanzierten Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk in liberalen Kreisen ebenfalls weit verbreitete Positionen sind. So überrascht es letztlich auch nicht, dass manche Liberale in Deutschland die Verteidigung der Freiheit als direkte Aufgabe im Interesse des Staates verstehen.

Grundlegend kann man die Wehrhafte Demokratie als ein Konzept der Demokratie verstehen, welche sich aktiv gegen Bedrohungen selbiger verteidigt. Das „Bundesministerium des Inneren“ schreibt dazu

„Demokratische Werte müssen jeden Tag verteidigt und von Neuem mit Leben gefüllt werden. Unsere Demokratie ist wehrhaft. Das BMI verteidigt die Demokratie und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen unsere offene Gesellschaft und unsere verfassungsmäßige Ordnung vor Bedrohungen aller Art.“ (BMI 2023)

Der Ursprung des Konzeptes der Wehrhaften Demokratie geht zurück auf die Erfahrungen der Weimarer Republik, lässt sich aber auch auf die heutige Situation im Kontext der Verteidigung der Demokratie durch Bedrohung von außen, beispielsweise der Ukraine übertragen, wo sich eine demokratische Nation durch einen Aggressor von Außen als bedroht sieht, denn auch hier ist ebenfalls das an der Demokratischen Gesellschaft Teilhabende Individuum zu seiner Verteidigung genötigt. Auffallend ist hierbei natürlich, dass Verteidigung der Demokratie und des liberalen Gesellschaftsvertrages im Kontext der Wehrpflichtdebatte direkt den zwanghaften Staatsdienst bedeutet und nicht etwa die Verteidigung der Freiheit gesondert vom Staat. In dieser Debatte bedeutet wehrhafte Demokratie kaum mehr als die Verteidigung der aktuellen Politik, schließlich werden in ähnlichen Kontext auch Parteiverbote und ähnliche Sanktionen, oft gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, gefordert.

Planwirtschaft im Deckmantel - Auswirkungen auf den Markt

Nachdem wir nun das grundlegende politische Denk- und Argumentationsmuster, welches sich hinter der Verteidigung der Freiheit durch eine Dienst- oder Wehrpflicht verbirgt analysiert haben, möchte in diesem Abschnitt über das Wirtschaftliche Denken hinter dem Zwangsdienst an der „Allgemeinheit“ sprechen.

In Zeiten von Fachkräftemangel und demographischen Wandel, muss es schon sehr gut überlegt sein, ob sich unsere Volkswirtschaft den Verlust von einem Jahr Arbeitszeit, bzw. ein Jahr in der Ausbildung bei Millionen von junger Menschen leisten kann.

Verschiedene Studien zu diesen Fragen haben oft schwer nutzbare Befunde und geben uns wenig empirische Erklärungen wie sich eine Wehrpflicht konkret auf den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Situation der Betroffenen auswirkt, es lässt sich allerdings grundsätzlich bei fast allen Studien, wie zum Beispiel in der Studie: "Opportunity Cost and the Incidence of a Draft Lottery" vom Institute of Labor Economics (IZA), feststellen dass die direkten Betroffenen solcher Maßnahmen in der Regel etwas weniger verdient haben und in ihrem weiteren Werdegang benachteiligt sind. Konkret haben hier, Männer die im Alter von 25 Jahren dienen mussten, im Durchschnitt 2,5% weniger verdient (siehe Tabelle 4, Seite 29) . Für Männer mit hohen kognitiven Fähigkeiten sogar 7%(siehe Tabelle 5, Seite 30). Daher lässt sich erahnen, dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein Loch in der deutschen Volkswirtschaft hinterlassen würde, welches nur mit erheblichen staatlichen Maßnahmen geschlossen werden kann. Diese Notwendigkeit für eine staatliche Stütze wird in den neu veröffentlichten Entwürfen zu einer künftigen Dienstpflicht deutlich, hier spricht Verteidigungsminister Pistorius von einem Gehalt für Wehrdienstleistende (beim momentan noch freiwilligen Wehrdienst) im Bereich 1600-2000 Euro und somit ein wahrscheinlich besseres Gehalt als in den meisten Lehrstellen. Es lässt sich also gut erkennen, dass junge Menschen, die vom Staat beansprucht werden, in vielerlei Hinsicht in eine Form der Abhängigkeit geraten. Sie sind nicht nur für den Zeitraum finanziell vom Staat abhängig, sondern müssen auch lebensplanende Entscheidungen wie die Berufswahl oder den Beginn eines Studiums an die Wehrpflicht binden. Der Beginn einer Ausbildung, wenn klar ist in einem Jahr zur Armee zu müssen ist für viele nicht besonders sinnvoll.

Wenn der Dienst an der Gesellschaft so wichtig und unausweichlich ist, dass er sogar forciert werden muss, nur um daraufhin damit das Ganze überhaupt irgendwie haltbar ist, die Wehrpflichtigen auf Kosten des Steuerzahlers zumindest mit finanziellen Mitteln ruhig zu stellen, so würde ich die tatsächliche Effizienz einer Wehrpflicht, wenn es darum geht, eine langfristig finanzierbare und effektive Armee zu gestalten in Frage stellen.

Ich bin kein Militärökonom und betrachte es auch nicht für notwendig, für dieses Essay, konkreter auf die volkswirtschaftlichen Hintergründe und Auswirkungen einer Wehrpflicht einzugehen. Mich beschäftigt hier die Frage, inwiefern die Logik hinter dem Gedanken am forcierten Dienst in Form von Verteidigung der Gesellschaft dem Schritt in Richtung Planwirtschaft und Knechtschaft ähnelt, oder gar so einer ist.

Wäre Verteidigung so einfach zu lösen, ließe sich für jede vermeintlich dem Gemeinwohl dienende Aufgabe Zwangsarbeit einführen. In der Debatte um die Wehrpflicht wird selten von Effizienz oder militärischer Sinnhaftigkeit gesprochen, sondern eher von einem heroischen Dienst, ja fast schon, als wären junge Menschen dem Staat und der Allgemeinheit die Verteidigung schuldig. Aus Expertenkreisen wiederum sind die Meinungen deutlich differenzierter, und die Idee, Personalprobleme der Bundeswehr dauerhaft mit Wehrpflichtigen zu lösen, wird von vielen kritisch betrachtet, denn zumindest, wenn die Finanzierbarkeit in einem realistischen Rahmen betrachtet wird, erweist sich die Wehrpflichtigenarmee als weitaus ineffizienter als eine Berufsarmee. Das lässt sich zumindest aus der Studie "Zur Reform der Bundeswehr aus ökonomischer Sicht" – von Dr. J. Schnell an der Bundeswehr-Universität München aus dem Jahr 2004 ableiten. Hier wird dargestellt, dass eine Berufsarmee in etwa 1,5–3 Milliarden Euro sparen würde und geringere Investitionsspielräume ebenfalls zu einer geringeren Effizienz beitragen (Seite 14, Punkt II.1). (Man bedenke das Alter der Studie und dass die Wehrpflicht damals noch in Kraft war; dennoch lässt sie sich als grundlegender Hinweis verwenden.) Auch die Art und Weise der Problemlösung, welche beim Dienstjahr angewandt wird, ähnelt der Planwirtschaft. Anstatt die logischerweise begrenzte Arbeitskraft junger Menschen, von selbigen je nach Wunsch und Fertigkeit auf dem Markt anbieten zu lassen, hat ein zentrales Organ natürlich einen weitaus besseren Plan, wie sich die Arbeitskraft verteilen lässt.

Anstatt sinnvoll und mit nachhaltigen wirtschaftlichen Anreizen das Personalniveau, etwa bei der Bundeswehr, zu erhöhen, soll der Staat einfach die Verteilung der Arbeitskraft, je nachdem, was die Politik für richtig hält, übernehmen. Wie schnell sich aus dieser Denkweise ein Übergang zu gesamtstaatlicher Verteilung von Arbeitskraft, bei welcher es sich ebenfalls nach Carl Menger um ein Gut zweiter Ordnung handelt, ableiten lässt, wird beim sogenannten „Gesellschaftsjahr“ besonders deutlich: Um Notstände beispielsweise in der Pflege zu verhindern, könnte man ja einfach junge Erwachsene zur Arbeit im Pflegeheim zwingen. Die Problematik dieser Denkweise haben Ökonomen wie Hayek und Mises bereits ausführlich geschildert, denn auch hier stellt sich die Frage, warum der Staat in der Lage sein sollte, die forcierte Arbeitskraft sinnvoll umzuverteilen, zumal Anreize, die Kernprobleme welche beispielsweise das geringe Personalniveau auslösten – zu beheben, verloren gehen.

Hayek beschreibt den Weg in die Knechtschaft als einen schleichenden Prozess, der selten durch offene Tyrannei beginnt, sondern über eine Reihe von Schritten verläuft, die zunächst plausibel oder moralisch richtig erscheinen. Oft sind es ideologisch begründete Entscheidungen, die so vernünftig sie klingen mögen ökonomisch unhaltbar sind und die individuelle Freiheit untergraben. Die Frage nach der wirtschaftlichen Vernunft wird von vielen Befürwortern der Wehrpflicht jedoch gar nicht gestellt. Stattdessen beruft man sich auf eine vermeintliche Pflicht zum „Dienst an der Allgemeinheit“ sei es in Form der klassischen Wehrpflicht oder einer allgemeinen Dienstpflicht und erhebt diesen Dienst zum Selbstzweck. Bemerkenswert ist, dass gerade jene politischen Strömungen, die ansonsten für weitreichende Marktinterventionen eintreten, bei der Wehrpflichtdebatte nur abgewandelte, im Kern jedoch identische Konzepte vorbringen: staatlich verordnete Umverteilung menschlicher Arbeitskraft, legitimiert durch eine moralische Rhetorik. Für Hayek wäre dies ein weiteres Beispiel dafür, wie unter dem Deckmantel des Gemeinwohls zentrale Planungsmechanismen eingeführt werden, die den Staat ermächtigen und den Einzelnen in eine Rolle zwingen, die nicht aus freien Entscheidungen hervorgeht. Wie aber nun die Freiheit verteidigen?

Freiheit bewahren – Auch ohne Pflichtdienste verteidigungsfähig bleiben

Polen ist aktuell eine der am schnellsten aufsteigenden Militärmächte Europas. Da es sich eine Grenze mit dem vom Putin-Unterstützer Lukaschenko regierten Weißrussland teilt, ist die Lage hier weitaus bedrohlicher als im Rest Europas. Die Polen wissen, was es heißt, ihre Freiheit zu schützen; die Zeiten der Knechtschaft unter sozialistischer Diktatur wurden durch den Willen des Volkes beendet. Die Bedrohung durch Russland bleibt allerdings bestehen, somit ist es nicht verwunderlich, dass kaum ein Land in Europa prozentual so viel für Verteidigung ausgibt wie Polen. Dabei verfügt Polen zwar gerade einmal über 250.000 Soldaten. Trotz der weitaus größeren Bedrohung sträubt man sich vor einer tatsächlichen Wehrpflicht sicherlich auch aus wirtschaftlichen Gründen. Sie ist zwar im Gespräch, und Militärtrainingsprogramme werden vorbereitet, doch von der Wehrpflicht hält man sich fern.

Polen hat zum Ziel, eine von Europas größten Armeen aufzubauen, und verfügt bereits jetzt über die drittgrößte der NATO und das geplant ohne Wehrpflicht! Dabei wird zu großem Teil auf freiwilliges Engagement durch Reservisten und natürlich Berufssoldaten gesetzt. Die Regierung Polens hat es sich zum erklärten Ziel gemacht, bis 2027 jährlich 100.000 Reservisten auszubilden und die Zahl ihrer aktiven Streitkräfte auf über 300.000 zu erhöhen und das ausschließlich mit sinnvollen Anreizen und dem gesunden Bewusstsein der Polen, die wissen, was es heißt, die Freiheit zu schützen.

Wie also von Polen lernen hier in Deutschland? Wir haben bereits anhand des Heimatschützerprogramms gesehen, wie groß das Interesse an einem freiwilligen Dienst als

Reservist ist. Es handelt sich um das Projekt „Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz“, eine Freiwilligeninitiative, bei welcher sich interessierte Erwachsene innerhalb von sieben Monaten zum Reservisten ausbilden lassen können, um im tatsächlichen Ernstfall Deutschland zu verteidigen. Laut einem NTV-Bericht gab es 9.000 Bewerbungen auf 1.000 freie Plätze (Zahlen aus dem NTV Bericht vom 11.06.2021). Offensichtlich ist Interesse also vorhanden, auch wenn uns dieses Programm nur ein paar Hinweise gibt, wohin man sich orientieren könnte.

Die Ausweitung solcher Programme auf einem ähnlichen Niveau wie in Polen halte ich für eine Option, die mit dem Liberalismus weitaus besser vereinbar ist. Nicht nur ist der Dienst eine freie Entscheidung, junge Menschen wären in ihrer Wahl nicht mehr abhängig vom Staat und könnten somit selbst entscheiden, ob es sich lohnt, die Politik zu verteidigen. Dass ein solches Konzept in Deutschland funktionieren könnte, zeigt uns auch die Ukraine: Dort sind größtenteils Freiwillige und Reservisten in der Armee. Die Situation in der Ukraine, insbesondere bei einem zahlenmäßig überlegenen Angreifer, bedarf allerdings weit mehr Personal, als durch Reservisten und Freiwillige möglich ist, weshalb eine Mobilmachung ab 2024 durchgeführt wurde.

Glücklicherweise befindet sich Deutschland nicht in dieser Situation. Wir benötigen keine Armee dieser Größenordnung, um in der aktuellen Lage unsere Position zu verteidigen, was nicht heißen soll, dass es keine Vorbereitung für den Ernstfall braucht.

Doch die Bedrohung ist eben eine andere. Für unsere Verteidigung braucht es eine Armee, die kosteneffizient und langfristig die Sicherheit im deutschen Interesse schützen kann. Für eine Friedenssicherungsmission in der Ukraine werden nach Schätzungen der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik 150.000 NATO-Soldaten benötigt. Um diese Zahl innerhalb der Europäischen NATO aufzubringen, halte ich eine Wehrpflicht für stark überzogen, da bei einer solchen Mission qualifiziertes Personal weitaus brauchbarer ist. Zumal internationale Zusammenarbeit eine Schlüsselrolle spielt und Wehrpflichtigen, die nur ein Jahr in der Armee verbringen, in solchen Aspekten die Erfahrung fehlt.

Ich betrachte eine Absicherung der Landesverteidigung durch ein ausgeweitetes Reservistenprogramm (auf freiwilliger Basis) als die einzige Option, die in der aktuellen Situation für uns als liberal vertretbar ist. Natürlich ist auch ein neues Verständnis innerhalb der Bevölkerung nötig, was es bedeutet, das Land und die Freiheit zu verteidigen. Auch in dieser Hinsicht sehe ich die Wehrpflichtdebatte als schädlich: Ist die Entscheidung, das Land zu verteidigen, nicht mehr freiwillig, wirkt sie auch weniger heroisch. Abgesehen davon hat die plötzliche Debatte bei den betroffenen Gruppen insgesamt eher Unmut als den Wunsch ausgelöst, zur Bundeswehr zu gehen. Dass die von mir vorgeschlagenen Ansätze wirksam sind, zeigt sich in der Ukraine, in Polen und sogar in Deutschland.

Die Ukraine verfügte vor Beginn des Ukrainekrieges zwar bereits über eine Armee von ca. 250.000 Soldaten, doch ein ausschlaggebender Punkt für das erfolgreiche Stoppen der russischen Streitkräfte waren auch die ca. 900.000–1.000.000 Reservisten, die teilweise mobilisiert wurden.

Solche Zahlen sind für Deutschland keine Zukunftsmusik, sondern waren in der Vergangenheit ohne massiven erzwungenen Staatsdienst möglich. (2012 verfügte die Bundeswehr noch über ca. 200.000 Soldaten und prinzipiell 900.000 Reservisten, wobei letztere im Ernstfall mobilisiert werden müssten.) Wenn das im Fall der Ukraine genügt, um eine Grenze mit Russland zu verteidigen, sollten wir uns in Deutschland fragen, ob die Forderung nach der Wehrpflicht nicht eher zu weit gegriffen ist ja, gar, ob dahinter nicht ein Versuch der Machtergreifung und Unterwanderung der Freiheit steckt.

Der zweifelhafte Dienst an der Gemeinschaft – Was steckt wirklich hinter der Dienstpflicht?

Wir haben uns nun bereits die Denkweise hinter dem Gedanken des Dienstes an der Gesellschaft und wie die Freiheit damit geschützt werden soll, angesehen. Außerdem haben wir feststellen können, dass die grundlegende Logik der Problemlösung der staatlich gelenkten Planwirtschaft ähnelt und sich als Schritt in eben genau eine solche Richtung bezeichnen lässt. Ich möchte nun erneut über die wehrhafte Demokratie und darüber sprechen, wie sie sich in der aktuellen Wehrpflichtdebatte zur Freiheit verhält.

„Der Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: ‚Ich, der Staat, bin das Volk.‘“

— Friedrich Nietzsche, *Also sprach Zarathustra*, Erster Teil, „Vom neuen Götzen“, 1883

Die Sorge vor der Zerstörung der Demokratie und Freiheit ist absolut gerechtfertigt. Doch wie bereits Hayek darlegte, ist es in den meisten Fällen gerade der Staat selbst, der diese Freiheit schrittweise untergräbt. In der aktuellen Debatte wird der Dienst im Interesse des Staates kurzerhand mit dem Dienst an der Allgemeinheit gleichgesetzt. Wer soll die „wehrhafte Demokratie“ wehrhaft machen? Natürlich der Staat selbst, der damit zugleich beansprucht, den Rahmen dessen zu bestimmen, was Freiheit bedeutet und wo ihre Grenzen liegen.

Spricht man heute von den Gefahren für die Demokratie, so gilt beinahe alles als Bedrohung, nur nicht der bestehende Status quo staatlicher Macht. Anstatt dort anzusetzen, wo Freiheit tatsächlich eingeschränkt wird, sollen nun weitere Formen des Zwangsdienstes eingeführt werden. Damit verkauft der Staat seine eigenen Interessen als die der Allgemeinheit. Zugleich verschleiert er seine Verantwortung für das geringe Personalniveau der Bundeswehr: Nicht mangelnde Opferbereitschaft

der Bürger ist das Problem, sondern strukturelle Fehlplanung, Verschwendung und politische Verantwortungslosigkeit.

Statt also rational zu analysieren, warum trotz massiver Budgets keine verteidigungsfähige Armee entsteht und welche Verwaltungsstrukturen grundlegend reformiert werden müssten, wird erneut die Allgemeinheit für die Fehler der Politik in Haftung genommen. Dass die Lösungsvorschläge aus denselben Institutionen kommen, die das Problem verursacht haben, wird dabei kaum hinterfragt. Genau deshalb sollten wie Liberale die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder jeden anderen Zwangsdienst entschieden ablehnen. Denn ehe ein äußerer Aggressor es vermag, unsere Freiheit zu zerstören, hat die Politik im Inneren sie bereits selbst ausgehöhlt Schritt für Schritt, im Namen des „Gemeinwohls“.

Quellenverweis

- Primärquellen -

- Locke, John (1689): *Two Treatises of Government*. London
- Nietzsche Friedrich(1883), *Also sprach Zarathustra*, Erster Teil, „Vom neuen Götzen“, Chemnitz
- Hayek, F.A. von (1944): *The Road to Serfdom*. London: Routledge.
- Mises, L. von (1949): *Human Action: A Treatise on Economics*. New Haven: Yale University Press.

- Sekundärquellen -

- Angrist, J.D. & Chen, S.H. (2011): *The Long-Term Economic Consequences of Conscription in Vietnam*. IZA Discussion Paper No. 6379. Bonn: Institute of Labor Economics (IZA).
- Schnell, J. (2004): *Zur Reform der Bundeswehr aus ökonomischer Sicht*. Universität der Bundeswehr München, Diskussionspapier

- Offizielle Quellen -

- Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2023): *Unsere Demokratie ist wehrhaft*. Online verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de> (Zugriff: 4. September 2025).
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (2023): *Freiwilliger Wehrdienst im Heimatschutz*. Online verfügbar unter: <https://www.bundeswehr.de> (Zugriff: 4. September 2025).
- Pistorius, B. (2024): *Entwurf zur künftigen Dienstpflicht*. Berlin: Bundesministerium der Verteidigung (BMVg).
- FDGA 2023; Forschungsgruppe Sicherheitspolitik (2023): *Schätzungen zum Bedarf an NATO-Soldaten für eine Friedensmission in der Ukraine*. Frankfurt a. M.: HSFK.

- Journalistische Quellen -

- ntv (2021): „Jeder Fünfte bricht Freiwilligendienst ab“; „9000 Bewerbungen für 1000 Plätze beim Heimatschutz“. Online verfügbar unter: <https://www.ntv.de> (Zugriff: 4. September 2025).
- bpd (2024): „Analyse: Abwehrbereit? Zum Stand der Einsatzbereitschaft der Polnischen Armee Ende 2024“ Online verfügbar unter www.bpb.de, (Zugriff: 4. September 2025)
- businessinsider (2025) „Sześć tys. zł za 27 dni szkolenia wojskowego. Jak się zapisać?“ Online verfügbar unter [/businessinsider.com.pl](https://businessinsider.com.pl) (Zugriff: 4. September 2025)
- Ukrainer (2024) „How Ukraine has changed in 10 years of war“ Online einsehbar: <https://www.ukrainer.net/en/how-ukraine-has-changed-in-10-years-of-war/> (Zugriff: 4. September 2025)